

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910**

25.11.1910 (No. 324)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 25. November

No 324

Expedition: Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Voranzahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspalt oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

Dezember

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 16. November d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Pfarrer Albert Ahles in Malterdingen das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. November d. J. gnädigst geruht, den Professor Friedrich Mohr an der Realschule in Rheinbischofsheim auf sein untertänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. November d. J. gnädigst geruht, den ordentlichen Professor für klassische Philologie an der Universität Freiburg, Geheimen Hofrat Dr. Bernhard Schmidt auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgezeichneten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste auf 1. April 1911 in den Ruhestand zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Teil.

\* Volkszählungen in alter und neuer Zeit.  
Eine Studie zur diesjährigen Volkszählung am 1. Dezember.

„Und die Summe der Kinder Israel nach ihren Vaterhäusern, von zwanzig Jahren und darüber, was ins Meer zu ziehen taugte in Israel, die war sechshunderttausend und dreitausendfünfhundertundfünzig“ — diese genaue Zahlenangabe von der Menge der wehrfähigen Männer Israels, ohne die Leviten, ist nach dem 4. Buch Moses das Ergebnis der Volkszählung, die Moses auf Geheiß des Herrn in der Wüste Sinai ausführte. Es handelt sich hier offenbar um eine Volkszählung von ehrwürdigem Alter. Solange es eine Geschichte gibt, gibt es auch Volkszählungen, nur ihr Zweck und Umfang hat sich im Laufe der Jahrhunderte wesentlich verschoben, und das gleiche gilt von der Art der Ausführung, soweit darüber etwas bekannt ist.

Aus dem Altertum haben die Geschichtsschreiber verschiedener Völker ganz genaue Zahlenangaben aufgezeichnet, aus denen man auf wirklich stattgehabte Volkszählungen zu schließen geneigt ist; aber wo es sich um wirkliche Zählung, wo bloß um Schätzung nach irgend einer Methode handelt, ist heute kaum noch zu ermitteln. Dem ganzen Mittelalter in Europa fehlte der Begriff der Statistik wie auch der der Gesellschaft, und aus diesem Grund ist von Volkszählungen jahrhundertlang gar nicht die Rede.

Von wirklichen Volkszählungen kann man schon bei den Aufnahmen reden, die einzelne Städte ausführten, z. B. Nürnberg im Jahre 1449, Straßburg von 1473 bis 1477. Hier handelte es sich um Kriege, die den Städten drohten, und wegen der Proviantierung nahm der Rat vollständige Einwohnerlisten auf. Solange aber die Zählung nicht Selbstzweck, sondern ein Nebenergebnis war, machte die Volkszählung durchaus keinen Schritt der Entwicklung. Nur bei besonderen Anlässen kam es zu einer Art von Volkszählung, dann nämlich, wenn durch ein ganz außergewöhnliches Ereignis sich der Stand der Bevölkerung wesentlich verändert hatte. So fand im Jahre 1592 die erste wirkliche Auszählung eines Sterberegisters in London nach dem Erlöschen der Pest statt. Ähnliches geschah 1667 in Paris. Im Jahre 1683 suchte der Große Kurfürst die Menschenverluste zahlenmäßig zu ermitteln, die im Dreißigjährigen Kriege Brandenburg erlitten hatte. Der Gedanke einer wirklichen Volksstatistik, den Kurfürst August von Sachsen bereits 1571 ausgesprochen hatte, mußte noch recht lange auf seine Verwirklichung warten. Der Kurfürst hatte nämlich

in diesem Jahre eigenhändig eine Getreideordnung verfaßt, die am Anfang den Grundsatz aufstellte, die Zahl der Konjumenten müsse ermittelt werden, um Ordnung und Sicherheit in das Magazinwesen zu bringen. Hatte Kurfürst August hierbei auch ein wirtschaftliches Sondergebiet im Auge, so macht sein Gedankengang doch durchaus den Eindruck, als habe ihm bereits eine Volkszählung im heutigen Sinne vorgeschwebt. So blieb es jedoch, sobald irgendeine Zählung nötig erschien, bei einer Abschätzung, die meistens aus einem Vergleiche der Geburtsregister mit den Sterberegistern der Kirchenbücher gewonnen wurde.

Ein Umwälzung der Dinge trat erst im 17. Jahrhundert ein. Graunt hatte seine Arbeiten über Sterberegister 1661 veröffentlicht, Halley, der Astronom und Mathematiker, die seinen 1691, und seit 1700 ging Schweden den übrigen Völkern mit einer amtlichen Registerführung voran. In Deutschland war Friedrich Wilhelm I. von Preußen unter den Herrschern der erste, der seine Staatsmacht durch Zählungen festsetzen zu lernen suchte. Die preussische Zählweise war allerdings nicht von großem Erfolge gekrönt. Seit 1718 sollten in den Städten jährlich, auf dem Lande sogar halbjährlich die männlichen Einwohner gezählt werden, allein da sie wußten, daß die Zählung auf fiskalische oder militärische Zwecke hinauslief, entzogen sie sich ihr. Friedrich der Große hatte für den Gedanken der Volkszählung großes Interesse; er sorgte für Verbesserungen und genaue Verordnungen und ließ sich die Ergebnisse selbst vorlegen. Zunächst waren die Zählungen nur „Volkszählungen“ gewesen. 1750 wurden sie auf die privilegierten Klassen ausgedehnt, seit 1776 wurden in ganz Preußen einheitliche Zählformulare verwendet. Die Ausführung der Zählung lag ganz in Händen der Geistlichen. Mit dem Tode Friedrichs des Großen nahmen diese Volkszählungen ein Ende, jedoch nur auf kurze Zeit. Friedrich Wilhelm III. führte sie wieder ein und übertrug sie einer besonderen Abteilung der Regierung, nämlich der Finanzkommission (1798).

Die Schaffung einer besonderen Verwaltungsstelle der Volkszählung, eines statistischen Bureau, findet sich zuerst in Schweden, dem Lande, das überhaupt in Europa zuerst den Wert der Volksstatistik erkannte und auch in die Tat umsetzte. Seit 1756 führte in Schweden eine eigene statistische Kommission in Abständen von je drei Jahren Zählungen aus, die gute Ergebnisse zeigten. Von 1775 an wurde ein längerer Zählzyklus von fünf Jahren als ausreichend befolgt.

Von dieser Zeit, der Mitte des 18. Jahrhunderts an, ahmten fast alle europäischen Staaten die Beispiele der Volkszählung nach. Das erste Land, das einen Zählzyklus eingeführt hat, der noch heute befolgt werden kann, sind die Vereinigten Staaten. Seit 1790 finden dort nach je zehn Jahren Volkszählungen statt. Während Schweden schon lange ein eigenes statistisches Amt hatte, dauerte es bei den übrigen Staaten noch einige Zeit, ehe eine solche Verwaltungsstelle geschaffen wurde. Am Anfang des 19. Jahrhunderts erst entstanden neben dem schwedischen andere statistische Ämter, im ersten Jahrzehnt in Frankreich, auf Veranlassung Napoleons, und beinahe gleichzeitig in Bayern, Württemberg und Österreich; alle diese Ämter endeten aber zugleich mit der napoleonischen Herrschaft. Das preussische statistische Amt, das 1805 der Finanzkommission die statistischen Arbeiten abnahm, blieb jedoch bestehen, und rasch entstanden im Anfang des 19. Jahrhunderts in vielen Ländern ähnliche Ämter: zuerst 1820 in Württemberg, 1853 auch in Baden. Das Deutsche Reich folgte 1871.

Vorbildlich für die statistischen Ämter der meisten Staaten war Belgiens Amt, das sich unter Ducloux ausgearbeiteter Leitung entwickelte. Ducloux verlangte zuerst die Veröffentlichung der Arbeiten der statistischen Ämter und gab 1846 eine muster gültige Volksstatistik heraus. Auf seiner Anregung beruhen auch die internationalen statistischen Kongresse, deren erster sich 1853 in Brüssel vereinigte. Die Forderung dieser Kongresse, alle Länder sollten die Volkszählungen so ausführen, daß die Ergebnisse miteinander gut vergleichbar seien, hat nur zum Teil erfüllt werden können, weil jedes Land sein Sonderinteresse bei seiner Volkszählung zunächst ins Auge faßte. Selbst für die deutschen Staaten ist diese Forderung erst seit 1866 erfüllt. Bis dahin zählten die einzelnen Staaten nicht in gleichen Zeitabständen und auch in verschiedener Weise. Völlige Übereinstimmung

führte erst die Errichtung des kaiserlichen statistischen Amtes herbei, das die erste deutsche Volkszählung am 1. Dezember 1871, also vor gerade 40 Jahren, ausführte, seitdem im Abstände von je fünf Jahren gezählt hat und auch nach dem vorhandenen Material Volkszählungen für die Vergangenheit aufstellt.

Das Wort Volkszählung wendet man, und mit Zug und Recht, noch immer für eine statistische Aufnahme des gesamten Volkes an, die viel mehr als eine bloße Zählung bedeutet. Als weiland König Keres seine Soldaten in einen Furch treten ließ und sie so zählte oder eigentlich abmaß, wie man Gemüse im Holzmaß abmißt, da veranstaltete er eine primitive Volkszählung. Die heutige Volkszählung aber gibt nicht nur die Zahl der Bevölkerung, sondern auch erschöpfende Auskunft über ihre Bewegung, über die Verteilung von Alter und Geschlecht, ihre Gesundheit, Ehe- und Familienverhältnisse, Beruf und Erwerb, ihre Bedürfnisse, Wohnsitze, Zugehörigkeit zu Gemeinden oder anderen Verbänden, ihre Sprache, Religion, Bildung, ihre Rechte, ihre Pflichten, kurz sie liefert eine Beschreibung, die alle erdenklichen Einzelheiten enthält.

## Reichstag.

Berlin, 23. November.

An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Schmidt-Barburg wurde Abgeordneter Dr. von Savigny zum Nachfolger berufen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Interpellation der Sozialdemokraten betreffend die Lebensmittelteuerung in Verbindung mit der Interpellation der Konservativen über Maßnahmen gegen die Verteuerung des Fleisches.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte sich zur sofortigen Beantwortung beider Interpellationen bereit.

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation führte Emmel (Soz.) aus: Es besteht gegenwärtig ein Notstand, der noch verschärft wird durch die Lebensmittelteuerung. Der Arbeiter wird durch die Zollgesetzgebung unerhört belastet zugunsten einiger Großgrundbesitzer. Infolge des Mangels an Ernährung degeneriert das Volk. Das Steigen der Löhne macht diese Schäden nicht weht. Der agrarischen Bevorzugung muß ein Ende gemacht werden. Man solle die Grenzen öffnen für argentinisches Fleisch. Die Öffnung der französischen Grenze genügt nicht. Die Aufrechterhaltung dieser Politik wäre ein Verbrechen.

Abg. Nupp (Konf.) führt in Begründung der konservativen Interpellation aus: Es ist tatsächlich eine bedauerliche Fleischteuerung vorhanden trotz der beständig gestiegenen Fleischproduktion. Dagegen hat man eine künstliche Agitation geschaffen, die in Wirklichkeit ein gewissenloses Gehe gegen die Landwirtschaft ist. Nicht die Viehzüchter und Metzger sind Fleischverteurer, sondern die zwischen ihnen liegenden Stationen. An Stelle des aufgehobenen Oktroi erheben einfach die Städte Schlachthausgebühren. Über 50 Proz. der Viehzucht liegt in den Händen der kleinen Gutsbesitzer, die von den vorgeschlagenen Maßnahmen betroffen würden. Durch Öffnung der Grenze wird eine wirksame Abhilfe nicht geschaffen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück führt darauf in Beantwortung der Interpellation aus:

Der Reichskanzler hat die Fleischteuerung mit Ernst und Aufmerksamkeit verfolgt und alle Maßnahmen geprüft, die eine ausgiebige Fleischversorgung verbürgen sollten. Hauptsächlich wird eine Erleichterung der Einfuhr ausländischen Viehs verlangt. Für diesen Zweck müßten die zum Schutz unseres Konsums und der einheimischen Viehbestände bestehenden sanitäts- und veterinärpolizeilichen Vorschriften abgeschwächt oder beseitigt werden. Es besteht aber für alle Regierungen kein Zweifel, daß nur diese Maßnahmen eine hinreichende Sicherheit bieten gegen die Einfuhr nicht einwandfreier Nahrungsmittel und gegen die Einschleppung von Viehseuchen. Diese Vorschriften können also nicht abgeändert werden, lediglich um den einheimischen Markt billig zu versorgen. Dazu kommt, daß die Exportfähigkeit eines Teils der hier in Betracht kommenden Länder zurückgeht. Aus Rußland darf Schlachtvieh in beschränktem Maß nach Oberschlesien eingeführt werden; das Kontingent ist aber in den letzten Jahren nicht voll ausgenutzt worden. Aus Österreich-Ungarn dürfen jährlich 8000 Stück Schlachtschweine nach Sachsen und Bayern eingeführt werden. Weitere Erleichterungen dieser Einfuhr dürfen nicht zugestanden werden, (hört, hört!) wegen der dadurch notwendigen Änderung des Viehseuchenschutzabkommens. Dazu kommt, daß Österreich-Ungarn in gleicher Weise unter der Fleischteuerung leidet. 62 000 Geschäfte sind dort ver-

seucht (hört! hört!). Aus der Schweiz ist die Einfuhr von Rindvieh und Ziegen seit September dieses Jahres wieder gestattet. Ähnlich ist es Frankreich gegenüber, von wo Rindvieh und Schweine zur sofortigen Abschachtung nach Deutschland eingeführt werden dürfen. Aus Holland und Belgien ist die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh noch verboten wegen der dort herrschenden Maul- und Klauenseuche. Aus Dänemark ist die Einfuhr von Wiederläufern auf dem Seeweg bei 14tägiger Quarantäne gestattet. Gegen die Tuberkulosegefahr soll bei dänischem Schlachtvieh ein neues wirksames Impfmittel eingeführt werden. Aus Amerika ist die Rindereinfuhr verboten; für andere Wiederläufer ist die Einfuhr bei Quarantäne aber gestattet. Schweine-, Schaf- und Ziegenfleisch kann aus anderen Ländern außer Russland und den Balkanstaaten eingeführt werden. Die Fleischeinfuhr aus Russland könnte wegen der dort herrschenden Rinderpest laum gestattet werden. Die Einfuhr aus Amerika würde veterinärpolizeilich weniger bedenklich sein. Sie müßte aber ohne Wirkung bleiben, solange wir die Bestimmung haben, daß geschlachtetes Fleisch nur in ganzen oder halben Tierkörpern zusammenhängend mit den inneren Organen eingeführt werden kann. Diese Bestimmung wird vom Reichsgesundheitsamt bestritten; ihre Abschaffung würde die Preise laum herabmindern. Es darf nicht an ihr gerüttelt werden. Das beste Mittel gegen die Preissteigerung liegt in einer Verstärkung der in hohem Maße erweiterungsfähigen eigenen Produktion (sehr richtig! rechts). Die Eisenbahntarife sind nicht hoch. Die Ausnahmetarife werden übrigens bis 1912 unverändert bleiben.

Der preußische Landwirtschaftsminister Hr. von Schorlemer erklärt:

Unbedingt muß ich lassen, ob das Fleisch wirklich unter allen Umständen das einzige und unbedingt notwendig Nahrungsmittel ist. (Große Unruhe links.) Deutschland hat sich an den Fleischkonsum gewöhnt. Die Preise sind allerdings bedeutend hoch, eine Fleischnot besteht jedoch nicht und eine Verminderung unseres Viehbestandes ist nicht wahrscheinlich. Vermehrte Einfuhr fremden Viehes schädigt die einheimische Viehzucht. (Sehr richtig! rechts.) Die Schweinepreise sind niedriger als im Vorjahre. Jedenfalls hat sich die wichtigste Fleischsorte nicht verteuert. Ebenso sind die Preise für Wild, Fisch und Geflügel nicht gestiegen. Die Fleischpreise befinden sich durchaus nicht überall im Einklang mit den Viehpreisen. Die Fleischpreise folgen nur sehr langsam den sinkenden Viehpreisen. Das beweist, daß hier eine ganze Reihe anderer Faktoren mit im Spiele sind, für die die deutsche Landwirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann. Man kann nicht verlangen, daß bei einer Steigerung aller Lebens- und Nahrungsmittelpreise allein die Viehpreise niedriger bleiben. Die Viehproduktion wird für den Landwirt ja auch verteuert, nicht nur durch die höheren Steuern und Löhne, sondern durch die gesteigerten Ansprüche des Publikums in bezug auf die Einrichtung der Stallungen und die Qualität des Viehes. Der Zwischenhandel, der Einfluß des Kommissionärs auf den Handel und die erhöhten Anforderungen an die Schlächter und in bezug auf die Ausstattung ihrer Läden und die Anstellung des Personals nötigen die Schlächter, einen weiteren Zuschlag auf die Fleischpreise vorzunehmen. Ob es möglich ist, eine raschere und billigere Beförderung des Fleisches von Produzenten zum Konsumenten herbeizuführen, das ist eigentlich heute noch ein ungelöstes Problem. Ich kann den Landwirten nur raten, soweit als möglich durch genossenschaftlichen Zusammenschluß die Beschaffung einzelner größerer Schlachtviehmärkte sich zu sichern und damit beizutragen, was vor allem nützlich, daß wir nicht schwankende, sondern wirklich stabile Fleischpreise haben (Sehr richtig!), mit denen der Konsument und vor allem auch der Produzent zufrieden sein kann. Zu besonderen Maßnahmen liegt heute kein Anlaß vor. Unser Viehbestand darf nicht veräußert werden. Wir müssen unabhängig vom Ausland bleiben. (Beifall rechts.) Auf Antrag des Abg. Singer beschließt das Haus die Beipredung der Interpellation.

Abg. Herold (Zentr.): Die Zollpolitik ist nicht schuld an der Teuerung. Auf allen Gebieten ist eine Preissteigerung vorhanden. Das Ausland ist nicht in der Lage, viel Vieh an uns abzugeben. Den Schutzoll und die Viehsperre aufzuheben, würde unzuweckmäßig sein. Wir müssen daher streben, unsere Produktion weiter zu heben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Stauffer (W. Bgg.): Wir können unsern Konsum wenigstens bis zu 97 Prozent selbst decken. Schwankende Preise kann nur der kapitalistische Großhandel wünschen. Bald werden wir ja auch wieder normale Preise haben. Im Süden sind die Preise schon erheblich zurückgegangen. Das Wichtigste ist, daß die Maul- und Klauenseuche von der Großhandelsstraße verschwindet. (Beifall.) Darauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Wahl eines Zweiten Vizepräsidenten. Fortsetzung der heutigen Beratung und die übrigen Interpellationen.

In der Plenarsitzung des Bundesrats wurde am 22. d. M. dem Entwurf eines Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres die Zustimmung erteilt, ferner der zweite Nachtragsatz für die Schutzgebiete von 1910 angenommen, ebenso die Etats für das Auswärtige Amt, das Reichsamt des Innern, des Reichskolonialamts und die Schutzgebiete.

Das Zentrum beschloß, im Reichstage folgende Interpellation einzubringen: Ist der Herr Reichsminister bereit, unter den Bundesregierungen Erwägungen darüber herbeizuführen, wie auf Grund einer Verständigung der betreffenden Staaten ein wirksamer Kampf gegen die Lebensschädlinge, die seit einigen Jahren so allgemein und verheerend auftreten, durchgeführt werden kann? Unterzeichnet u. a. von Wellstein, Hebel, Dohlem, Wallenborn, Pauli, Stupp, Vonderheuer. — Eine nationalliberale Interpellation beantragt, die Regierung möge in größerem Umfange als bisher Reichsmittel zur Bekämpfung der Lebensschädlinge, insbesondere zur Erforschung wirksamer Methoden, zur Verfügung stellen.

## Deutsches Reich.

### Schutzoll.

In einer Versammlung des Sanjabundes zu München bekannte sich nach einem Bericht der „Köln. Volksztg.“ der Münchener Sozialdemokrat Dr. Schulz zum Schutzollsystem, die Fleischnot könne nicht gelöst werden durch Abschaffung der landwirtschaftlichen Schutzölle und durch Einlassung des argentinischen Fleisches, sondern durch Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion.

Diese Steigerung sei möglich. Auch ohne Zölle steigen die Weltpreise. Ohne die landwirtschaftlichen Schutzölle könne die Landwirtschaft gegenüber dem Ertragsbetrieb Amerikas und anderer Länder nicht bestehen. Die Aufhebung der Schutzölle, besonders für Fleisch, würde der Untergang des flachen Landes, das Ende des Deutschen Reiches bedeuten. Dr. Schulz jagte, er stehe in der Sozialdemokratie nicht allein mit seiner Auffassung, was ja bekannt ist; er behauptete weiter, er befinde sich im Einklang mit sämtlichen wissenschaftlichen Vertretern seiner Partei, abgesehen von der parlamentarischen Vertretung, die sich von parlamentarischen Rücksichten in dieser Hinsicht leiten ließe.

### Der Moabiter Prozeß.

In der Sitzung vom Dienstag wurden verschiedene Beamte der sozialdemokratischen Parteiorganisation vernommen. Parteisekretär Ebert befand, daß nach seiner Überzeugung kein organisierter Genosse sich an den Ausschreitungen beteiligt habe. Die Parteileitung hätte keine Veranlassung gehabt, sich mit den Vorkommnissen zu befassen, wenn sie nicht der Partei direkt zum Vorwurf gemacht worden wären. Die Partei habe dann einen Aufruf erlassen, daß die organisierten Arbeiter sich unter allen Umständen von den Ausschreitungen fernhalten möchten. Die Sozialdemokratie habe derartige Ausschreitungen immer verurteilt. Diese Sachen seien der Partei stets unangenehm gewesen, weil sie von den Gegnern ausgenutzt werden. Vorj.: Sie verurteilen diese Ausschreitungen. Glauben Sie, daß alle Ihre Parteigenossen daselbe tun? Zeuge Ebert: Für die Haltung der Sozialdemokraten sind maßgebend das Programm und die Beschlüsse des Parteitag. Danach ist die Anwendung von Gewalt vollständig ausgeschlossen. In dieser Beziehung stehen Radikale und Revisionisten zusammen. Auch bei den Wahlrechtsdemonstrationen haben wir z. B. Vorsorge getroffen, daß keine Ausschreitungen vorkommen. Der nächste Zeuge ist der „Vorwärts“-Redakteur Ströbel: Ein ernster Politiker kann von Verbeugung durch die Sozialdemokratie nicht sprechen. Die Sozialdemokratie hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie einen Putsch nicht billigen würde.

### \* Badische Politik.

Die „Straßb. Post“ veröffentlicht einen Artikel über die politische Lage in Baden und die Reichstagswahlen, aus welchem wir referierend folgende Stellen zitieren: „Bei der Festlegung der Taktik für die nächsten Reichstagswahlen werden die Nationalliberalen von der Tatsache ausgehen, daß das Zentrum bei den letzten Reichstagswahlen drei Sitze mehr gewonnen hat, als ihm nach der Stärke der ihm bei der Hauptwahl zugefallenen Stimmenzahl zukommen, während die Nationalliberalen um diese drei Mandate zu kurz gekommen sind. Kommt, wie sicher zu erwarten ist, eine Verständigung zwischen Nationalliberalen und Linksliberalen zustande, so besteht für die Liberalen die Hoffnung, dem Zentrum den zweiten und fünften Wahlkreis (Donauerschlingen, Bannsdorf und Freiburg-Emmendingen), sowie dem Bunde der Landwirte den 13. Wahlkreis (Bretten-Eppingen) abnehmen zu können. Die Sozialdemokratie würde mit und ohne Sammlungspolitik den 11. Wahlkreis (Mannheim-Schwetzingen) sicher und den 9. Wahlkreis (Turlach-Pforzheim) höchst wahrscheinlich behaupten, während im 10. Wahlkreis (Karlsruhe-Bruchsal) die bürgerlichen Parteien zusammen stärker als die Sozialdemokratie sind. In diesem Wahlkreis liegt die Entscheidung beim Zentrum. So wie die Dinge zurzeit liegen, werden die nächsten Reichstagswahlen höchst wahrscheinlich nur Verschiebungen zwischen dem Besitz des Zentrums und dem des Bundes der Landwirte einerseits und der Liberalen andererseits bringen. Die Parteien werden sich in drei Lager teilen. In dem einen Lager befinden sich die Konservativen mit dem Bund der Landwirte und dem Zentrum, in dem zweiten die vereinigten Liberalen und in dem dritten die Sozialdemokratie. Der Abschluß eines Großblocks schon für die Hauptwahlen ist wahrscheinlich ausgeschlossen, denn er würde auf dem nationalliberalen Parteitag vorläufig abgelehnt. Welche Taktik für die Stichwahlen eingeschlagen wird, hängt ganz von dem Ausfall der Hauptwahlen ab.“ — Zu diesen Ausführungen schreibt nun die Mannheimer „Volksstimme“: „Es sei dieser, anscheinend parteioffiziellen, Auslassung des nationalliberalen Blattes unsererseits nur so viel hinzugefügt, daß — genau wie bei den letzten Landtagswahlen — so auch für die bevorstehenden Reichstagswahlen ein Großblock für den ersten Wahlgang nicht nur „wahrscheinlich ausgeschlossen“, sondern sicher ausgeschlossen ist, und daß es dazu nicht erst der Ablehnung durch den nationalliberalen Parteitag bedurfte.“

Ein Landwirt schreibt dem „Bauländer Boten“ aus Sindolsheim: „Überall Fleischnot; bald jede Zeitung bringt halbenlange Artikel über Fleischteuerung. Konsumenten erheben diesen Vorwurf; aber wie sieht diese Sache in Wahrheit beim Produzenten, beim Landwirt aus? Monate lang habe ich die Berichte im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ verfolgt: dieselben lauten z. B. in letzter Woche für 1. und 2. Qualität 54 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht ab Stall, aber in Wirklichkeit ist der Preis 50 Pfennig und um so zu verkaufen, müssen wir den Händlern nachlaufen. Monate lang schon verkaufen wir immer mindestens 4 Pfennig billiger wie diese Preisnotierung unserer Gegend lautet. In unserer Ge-

gend ist bloß ein Württemberger Händler vertreten, welcher Schweine ausführt nach Heilbronn und Stuttgart, ein Händler, der in die badischen Städte liefert, ist nicht da. Es wäre erwünscht, zu erfahren, ob auch in anderen Orten die Sache so steht.“

Wie verlautet, beabsichtigen die Pforzheimer Bijouteriefabrikanten wegen der Differenzen mit dem Metallarbeiterverband mit Beginn nächster Woche ihre Betriebe vollständig einzustellen. Wenn dies zutreffen sollte, würden etwa 30 000 Arbeiter stellenlos werden. Dadurch würde eine sehr ernste Wendung in der Arbeiterbewegung, wie sie die Differenzen in der Kettenmacherbranche veranlaßte, eintreten. —

### \* Übersicht.

Das deutsche Kronprinzenpaar besuchte Dienstag abend auf Ceylon die Palakelly-Pflanzungen, besichtigte dort die Ernte und das Fertigmachen des Kakaos. Heute morgen wurde der Tempel des Heiligen Jahns des Buddha besichtigt. Am Nachmittag fuhren die Herrschaften im Automobil nach Peradeniya und von dort nach Katugastota, um den Elefanten von Mahaveliganga zu sehen. Abends ist eine Prozession in Perahera zu Ehren des Kronprinzen und der Kronprinzessin.

Das „Militärwochenblatt“ meldet: Generalleutnant Deines, Oberquartiermeister wurde mit Genehmigung seines Abschiedsgesuchs unter Verleihung des Charakters als General der Artillerie zur Disposition gestellt; Generalmajor v. Windheim, Kommandeur der 5. Kavalleriebrigade, wurde unter Verleihung in den Generalstab der Armee zum Oberquartiermeister ernannt.

Eine reichsgesetzliche Regelung des Waffentragens ist vorläufig nicht geplant. Diese Materie soll zunächst den Einzelstaaten überlassen bleiben, möglich wäre aber, daß das neue Strafgesetzbuch der Frage näher tritt.

Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin hat ein Rekrut an die Stände gerichtet, in dem es mit Bezug auf die Verfassungsfrage heißt: „Das Interesse des Landes erheischt es gebieterisch, daß die Verfassungsreform baldigst zum Abschluß gebracht wird. Wir geben euch deshalb auf, unsere getreuen Stände zur Erwählung von Deputierten für die bezeichneten Verhandlungen zu veranlassen, und ermächtigen euch, diese gemeinsam mit den von den Kommissarien Sr. Maj. Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz etwa einzuleitenden, dem gleichen Zwecke dienenden Verhandlungen zu führen.“

Wie uns von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt wird, ist die Mitteilung, daß über die Bildung einer preussisch-sächsischen Eisenbahngemeinschaft verhandelt werde, völlig unzutreffend. Auch von sächsischer Seite wird die Meldung als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Der sächsische Schifferverein hat einstimmig eine Erklärung an den Reichstag eingebracht gegen den angekindigten Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben. Ebenso beschloß der Stadtrat zu Dresden, nochmals ein Gesuch an den Reichstag gegen die Abgabe zu richten. Schließlich hat auch die Wiesbadener Handelskammer gegen den Entwurf protestiert.

Aus Paris schreibt man: Der Beschluß einzelner deutscher Staaten, in beschränktem Maße französisches Vieh auf den deutschen Märkten zuzulassen, hat ein starkes Überfließen französischer Ware nach Deutschland zur Folge gehabt. Deutsche Viehhändler haben vorgestern auf dem Pariser Markt von La Villette 2500 Kühen und Kühe aufgekauft. Sie erwarben nur erstklassige Ware und den Pariser Schlächtern blieb nur, was die deutschen Händler übrig ließen. Die Folge davon ist ein jäher Preisausschlag, der bis zu 120 Franken für das Stück Rindvieh betrug. Die Pariser Schlächtergenossenschaft plant, bei der Regierung vorstellig zu werden, damit sie entweder die Viehtransporthilfe überhaupt verbietet oder einen möglichst hohen Ausfuhrzoll auf jedes Stück Rindvieh legt, das über die Grenze geschafft wird.

Nach den Wahlmännernachrichten in Breslau verfügen der „Bresl. Ztg.“ zufolge die Konservativ-Alerikalen über 843, die Liberalen über 530, die Sozialdemokraten über 358 Wahlmänner.

Die „Kreuztg.“ schrieb am Montag abend: Wenn morgen der Reichstag wieder zusammentritt, stehen sich die beiden früher befreundeten Parteien der Rechten und der gemäßigten Linken als Feinde gegenüber. . . . Von einigen Seiten ist zwar die Hoffnung ausgesprochen worden, durch die persönliche Berührung der Parteiführer im Reichstage würden die Parteiverhältnisse gebessert werden. Aber wir fürchten, daß auf beiden Seiten wenig Neigung vorhanden ist, in eine solche persönliche Berührung zu kommen. Namentlich den Konservativen wird man es nicht verdenken können, wenn sie denjenigen ihrer Parlamentskollegen aus dem Wege gehen, die sich während der letzten Monate in Schmähungen und Verdächtigungen der konservativen Partei und ihrer Führer besonders hervorgetan haben.

Die Bereitwilligkeit der Christlichsozialen zur Wiedervereinigung an die Konservativen, der jüngst ein Mitglied der christlichsozialen Parteileitung das Wort geredet hat, wird in der „Kreuztg.“ freudig begrüßt. Das Blatt schreibt am Sonntag im Anschluß an Bemerkungen über Wandlungen, die ehemaligen Freunde Stöckers, wie Herr v. Gerlach und Raumann, durchgemacht haben: Die alte

Garde, die ihm treu blieb, ist in ihrem Kern entschieden konservativ, und wenn sie sich der konservativen Partei wieder anschließt, wird sie hier auch den früheren Einfluß zurückgewinnen.

Die „Germania“ bleibt trotz des Widerspruchs der „Kreuzzeitung“ dabei, daß das Jesuitengesetz vollständig in der Verfertigung verschwinden müßte.

## Ausland.

### Der englische Verfassungskampf.

London, 24. Nov. Die letzte Phase des Parlamentskampfes vor der Auflösung des Parlaments begann gestern im Oberhaus mit der Beratung der Resolutionen, die Lord Lansdowne am Montag angekündigt. Lord Lansdowne erklärte: Die Petition sehe eine Periode des Aufschwungs im Falle von Meinungsverschiedenheiten vor. Nach Ablauf dieser Periode würde das Oberhaus überhaupt nichts mehr über die betreffende Angelegenheit zu sagen haben. Die Opposition würde gern irgend ein geregeltes Verfahren sehen, durch das in den Fällen ernsthafter Meinungsverschiedenheiten die beiden Häuser zusammenzutreten und den vereinten Versuch zu ihrer Beilegung unternehmen könnten. Nach Ansicht der Opposition sei keine vollkommene Regelung möglich außer auf Grundlage des reformierten neugebildeten Oberhauses. Lansdowne gab am Schluß seiner Rede zu, daß die Einzelheiten des Planes zur Beratung gelangten. Aber dies sei kein Grund, den Versuch nicht zu wagen.

Carl von Crewe beklagte sich über das willkürliche Vorgehen der Opposition, die Beratung der Resolution zu verschieben. Er betrachte die Bill als tot. Es werde sich die Lage ergeben, daß die Vorlagen der Liberalen dem Referendum unterworfen würden, die der Konservativen aber nicht. Wenn man häufig zu dem Referendum keine Zuflucht nähme, würde es als Regierung der englischen Repräsentativverfassung angesehen werden. Was die Finanzen angehe, so ließen Lansdownes Resolutionen nicht auf große Zugeständnisse hinaus. Er fordere die Peers auf, die Resolution ausführlich zu erörtern, da dies das beste Mittel sei, die Frage vor das Land zu bringen.

Das Haus setzte die Beratung bis zu später Stunde fort, doch wurde die Anteilnahme immer geringer. Der Erzbischof von York tabelte die Regierung wegen ihrer Hast. Nach weiterer Debatte wurde die Sitzung auf morgen vertagt. Im Unterhaus wurde die dritte Lesung der Finanzbill nach kurzer Debatte angenommen.

### Auslandsübersicht.

Berlin, 24. Nov. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge soll in New York aus Texas ein Telegramm eingelaufen sein mit der Nachricht, der Präsident von Mexiko, Porfirio Diaz, sei von den Revolutionären ermordet worden.

New York, 23. Nov. Die „Associated Press“ meldet, hat sich Madras zum Präsidenten der provisorischen Regierung von Mexiko erklärt.

London, 23. Nov. Die vereinigte irische Liga hat ein Manifest veröffentlicht, in dem die Lords und der Großgrundbesitz, die beide gleichbedeutende Begriffe seien, heftig angegriffen werden. „Ihren wird die Verantwortung für die große Teuerung in Irland und für die große Auswanderung aus diesem Lande zugeschrieben. Eine Million Stimmen von Volksgenossen, die tot und verdorben sind, und 5 Millionen von solchen, die ins Exil getrieben wurden“, so heißt es in dem Manifest, „schreien nach der Entthronung der schädlichen Herrschaft, von der grenzenloses Leid herrührt.“ — Der Sozialist Blatchford kommt in einem zwei Spalten langen Artikel der „Daily Mail“ zu dem Schluß, daß die Oberhausfrage im Vergleich zu der deutschen Gefahr, die heute größer sei als im vorigen Jahre, ein Streitpunkt von minderer Bedeutung sei.

London, 24. Nov. Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts benutzten gestern den dichten Nebel, der in der letzten Nacht herrschte, und zogen gegen 2 1/2 Uhr früh nach Downingstreet und bewarfen die amtliche Wohnung des Premierministers mit Steinen. Fast sämtliche Fenster der unteren Stadwerke wurden eingeschlagen.

Athen, 24. Nov. Gestern vormittag wurde die Nationalversammlung im Namen des Königs von Griechenland wieder eröffnet. Die Kammer erneuerte ihr Ersuchen an die Mächte wegen Angliederung Kretas an Griechenland. Die moskauer, dänischen Deputierten erhoben keinen Widerspruch.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 24. November.

(Mr. Harford) der Großbritannische Geschäftsträger in Darmstadt und Karlsruhe konnte lt. „Darmst. Ztg.“ vor einigen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit in diplomatischen Dienste zurückblicken.

(Von der Landwirtschaftskammer.) Die durch die Landwirtschaftskammer veranstaltete Besichtigung der Deutschen Getreide- und Oxyfenausstellung in Berlin mit badischen Brauereien, hat auch in diesem Jahre gute Erfolge erzielt. Von fünf nach Berlin geschickten Getreidemustern haben drei eine Auszeichnung erhalten, und zwar zwei einen dritten Preis und ein eine Anerkennung.

### Aus der Residenz.

(Der hiesige Fremdenverkehrsverein) ist dem badischen Lustfischerverein, der für das Frühjahr nächsten Jahres ein großes Schauffliegen plant, als korporatives Mitglied beigetreten. — In der letzten Ausschusssitzung des Fremdenverkehrsvereins gab der Vorsitzende aus der Statistik über den Karlsruher Fremdenverkehr einiges bekannt. Danach besuchten die im Rathaus untergebrachte Auskunftsstelle des Vereins im Jahre 1904 2821, im Jahre 1905 4032, 1906 5701, 1907 4656, 1908 5301, 1909 6068 Personen, 1910 ist eine Besucherzahl von 6900 zu erwarten. Die Tätigkeit der Auskunftsstelle im Kiosk beim Hotel Germania ist hierbei nicht berücksichtigt. Die Zahl der hier übernachteten Fremden betrug nach amtlichen Aufzeichnungen im Jahre 1904 (Jahr der Gründung des Fremdenverkehrsvereins) 116 582, 1909: 196 781. Das laufende Jahr dürfte mit einer Zahl von gegen 220 000 abschließen, was eine Vermehrung des Fremdenbesuchs innerhalb sechs Jahren um 110 Proz. bedeutet.

(Zum Künstlerverein Karlsruhe) wurde vorgestern abend in einer stark besuchten Generalversammlung Professor Ferd. Keller zum ersten Vorsitzenden des Vereins gewählt.

## Badische Chronik.

Mannheim, 23. Nov. Der stellvertretende Obmann des Stadtverordnetenverbandes, Kaufmann Wilhelm Zuda, ist nach langer, schwerer Krankheit gestorben. — Er war 1839 in Worms geboren. Im Jahre 1878 wurde er zum ersten Male in den Bürgerausschuß Mannheims gewählt, von 1893 bis jetzt gehörte er ihm ständig an. Er war in vielen Kommissionen tätig; besondere Anerkennung fand seine Arbeit in der Theaterkommission.

oc. Heidelberg, 23. Nov. Der Stadtrat hat den Antrag der hiesigen Gewerkschaften auf Aufhebung des Oktrois für Seefische abgelehnt.

B.C. Pforzheim, 22. Nov. Vom Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ist nunmehr der Bau einer elektrischen Straßenbahn für die hiesige Stadt ausgeschrieben worden. Es ist in Aussicht genommen, zwei Linien zu erstellen: vom Lokalbahnhof in der Vorstadt Brödingen bis zum Gaswerk und vom Staatsbahnhof bis zu den Anlagen Ende der Bleichstraße. Der Bau dieser Bahn erfordert erhebliche Mittel.

\*\* Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenpest in Süddeutschland (Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen, Hohenzollern und Württemberg) am 15. November 1910.

Baden. Kreis Mannheim, Amtsbezirk Mannheim 1 Gemeinde, 1 Gehöft; Amtsbezirk Schwetzingen 1, 1; Amtsbezirk Weinheim 1, 1; Amtsbezirk Heidelberg 3, 9.

Bayern. Regierungsbezirk Oberbayern, Amtsbezirk München (Stadt) 1 Gemeinde, 4 Gehöfte; Amtsbezirk Weilheim 1, 4. — Regierungsbezirk Pfalz, Amtsbezirk Bergzabern 1, 6; Amtsbezirk Frankenthal 1, 1; Amtsbezirk Germersheim 1, 2; Amtsbezirk Kaiserslautern 1, 2; Amtsbezirk Landau 10, 31; Amtsbezirk Neustadt a. S. 2, 4; Amtsbezirk Birmasfeld 2, 7. — Regierungsbezirk Oberfranken, Amtsbezirk Bamberg (Stadt) 1 Gemeinde, 8 Gehöfte; Amtsbezirk Bamberg 11, 3, 5; Amtsbezirk Hof 2, 22; Amtsbezirk Kronach 11, 72; Amtsbezirk Staffelstein 2, 26; Amtsbezirk Tenschnitz 1, 26; Amtsbezirk Bamfeld 5, 15. — Regierungsbezirk Mittelfranken, Amtsbezirk Nürnberg (Stadt) 1 Gemeinde, 1 Gehöft; Amtsbezirk Schwabach 3, 5.

Elsaß-Lothringen. Kreis Oberelsaß, Amtsbezirk Mülhausen 3 Gemeinde, 3 Gehöfte.

Hessen. Provinz Starkenburg, Amtsbezirk Groß-Oerau 1 Gemeinde, 6 Gehöfte.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 24. November. (Deutscher Reichstag.) Die heutige Sitzung begann mit der Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Diese erfolgt durch Zettelabgabe. Abgegeben wurden 311 Zettel. Davon sind 68 unbeschrieben. Es blieben somit 243 gültige Zettel. Davon entfielen auf den Abgeordneten Schult (Reichspartei) 186, auf den Abg. Singer (Soz.) 52 Stimmen. Zerplittert sind 5 Stimmen. Schult ist somit gewählt. Er nahm die Wahl dankend an. An Stelle des verstorbenen Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) wurde auf Vorschlag des Abg. v. Normann (kons.) der Abg. Dr. Fasbender (Ztr.) zum Mitglied der Reichsversicherungscommission gewählt. Darauf wurde die Besprechung der Interpellationen betr. Nahrungsmittel- bzw. Fleischsteuerung fortgesetzt.

Die „Köln. Volksztg.“ schreibt über Herrn Schult sehr richtig:

Der Abgeordnete Schult ist im Reichstage eine bei allen Parteien geschätzte und beliebte Persönlichkeit. In Pommern war er der Kompromißkandidat aller bürgerlichen Parteien. Man rühmt ihm große Sachlichkeit, persönliche Lebenswürdigkeit und strenge Unparteilichkeit nach, Eigenschaften, die besonders in der Reichsversicherungscommission, in der er den Vorsitz führte, zutage traten. Alle Parteien sind einig in dieser Anerkennung. Er würde darum auch für den Posten des Vizepräsidenten eine wohlgelegnete Persönlichkeit sein.

Der Seniorenkonvent des Reichstags trat heute vor der Plenarsitzung des Reichstags zusammen, um über den Geschäftsgang für die Zeit bis zu den Weihnachtsferien zu beraten. Am Montag soll das Schiffsabgabengesetz zur ersten Beratung kommen, sodann das Kurpfuschergesetz in erster, das Arbeitskammergesetz und die Strafprozeßordnung in zweiter Lesung. Dieses Material hofft man bis zum 7. Dezember aufzuarbeiten. Am 9. Dezember soll dann die erste Lesung des Etats beginnen. Spätestens am 15. Dezember werden, wie man annimmt, die Weihnachtsferien ihren Anfang nehmen.

Wildpark, 24. Nov. Der Kaiser ist heute früh nach 8 Uhr nach Schloß abgereist.

Berlin, 24. Nov. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes betr. die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1911 angenommen.

Berlin, 24. Nov. Zum Weihbischof von Gnesen ist der Domherr Klose dajelbst ernannt worden.

Darmstadt, 24. Nov. Der Großherzog und die Großherzogin sind heute vormittag von Paris hierher zurückgekehrt.

Stuttgart, 24. Nov. Die acht württembergischen Handelskammern haben zum Entwurf eines Gesetzes betr. den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben eine gemeinsame Erklärung beschlossen, in welcher sie dem Entwurf in seinen Grundzügen ihre Zustimmung geben, da sie in ihm eine geeignete Grundlage erblicken, um die viel umstrittene Frage der Erhebung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen in befriedigender Weise zu lösen.

London, 24. Nov. Zu den Gerüchten von einer revolutionären Bewegung in Rio de Janeiro hat die brasilianische Gesandtschaft von ihrer Regierung eine Meldung erhalten, nach welcher der Aufruhr in Rio de Janeiro keinen politischen Charakter trage. Die Mannschaft

eines im Hafen von Rio de Janeiro liegenden Kriegsschiffs habe gegen ihre Offiziere gemeutert. Von der Regierung seien alle Maßregeln zur Unterdrückung der Bewegung getroffen. Ein hiesiges Blatt veröffentlicht Privatmeldungen, nach denen die Lage in Rio de Janeiro bedenklich sei und das Geschäft stode. Es seien jetzt zwischen den Seeoffizieren, die sich an Land befinden sollen, und den Meuterern Verhandlungen im Gange.

London, 24. Nov. Der mexikanische Finanzminister hat auf eine Anfrage über den Ausbruch der Revolution in Mexiko folgendes telegraphiert: Die fraglichen Rabelmeldungen sind übertrieben. Die Unruhen in Lorton und Umgebung haben keine Bedeutung. Die Regierung ist Herrin der Lage. Es ist keine Rede davon, daß irgend ein Soldat zu den Aufständern übergegangen wäre.

Buenos Aires, 24. Nov. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro haben die Mannschaften der meisten Schiffe der Flotte gestern abend gemeutert. Es scheint sich um eine Insubordination ohne politischen Charakter zu handeln. Eine streng durchgeführte Zensur verhindert, weitere Nachrichten zu erhalten.

### Verschiedenes.

Zürich, 24. Nov. Im 67. Lebensjahre ist hier die Frau von August Bebel gestorben. Der Tod erfolgte in dem Hause ihrer an den praktischen Arzt Dr. Simon verheirateten Tochter. Bebel selbst war während der letzten Wochen ununterbrochen um die Pflege seiner schwer leidenden Lebensgefährtin bemüht.

Paris, 24. Nov. Für ein hier zu errichtendes paläontologisches Museum hat der Fürst von Monaco zwei Millionen Franken gestiftet.

Nikolajewsk (Küstenprov.), 23. Nov. Hier und in Petropawlowsk auf Kamtschatka werden funktentelegraphische Stationen für den inneren als auch für den internationalen Verkehr eröffnet.

Philadelphia, 23. Nov. Der Flieger Drexel machte heute mit einem Blériotebinder einen Aufstieg, wobei er eine Höhe von 10 000 Fuß erreicht haben soll.

### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 25. Nov. Abt. A. 20. Ab. Barff. „Traviata“ (Violetta), Oper in 3 Akten von Verdi. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 24. November 1910.

Von einem über Nordosteuropa gelegenen Kern aus zieht sich heute ein breites Band hohen Druckes über Skandinavien und die westliche Hälfte Mitteleuropas hinweg bis zu einem weiteren Kern über der östlichen Halbinsel; es trennt zwei Depressionen voneinander, von denen die flachere im Nordwesten der britischen Inseln, die tiefere über Westrußland liegt. Die letztere verursacht im östlichen Deutschland noch trübes Wetter mit Schneefällen; im Westen und Süden hat es dagegen aufgeklimmt und leichter Frost hat sich eingestellt. Da das Barometer noch steigt, so wird sich voraussichtlich die nordwestliche Depression vorerst nicht geltend machen; es ist deshalb meist heiteres und mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

### Wetternachrichten aus dem Süden.

vom 24. November, früh:

Lugano wolkenlos 2 Grad, Biarritz bedeckt 13 Grad, Coruna bedeckt 14 Grad, Nizza halbbedeckt 5 Grad, Triest wolkenlos 4 Grad, Florenz wolkenlos 1 Grad, Rom bedeckt 1 Grad, Cagliari Regen 12 Grad, Brindisi heiter 3 Grad, Gorta (Azoren) bedeckt 15 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in m	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Humid.
23. Nachts 9 <sup>u</sup>	753.2	2.8	4.9	89	WZ	Regen
24. Morgs. 7 <sup>u</sup>	756.1	-0.8	3.7	85	NE	wolkenlos
24. Mittags 2 <sup>u</sup>	756.3	1.5	3.3	63	„	„

Höchste Temperatur am 23. November: 3.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.3. Niederschlagsmenge, gemessen am 24. November, 7<sup>u</sup> früh: 1.1 mm.

Wasserstand des Rheins am 24. November, früh: Schufter in sel 1.80 m, gefallen 11 cm; Kehl 2.76 m, gefallen 8 cm; Maxau 4.43 m, gefallen 9 cm; Mannheim 4.12 m, gefallen 9 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

## Wie man am besten

die Entwicklung der Kinder unterstügt. Köln, 21. Juli 1909. Wir haben „Bioion“ einem Kinde von zehn Jahren, das an Muttermilch litt, regelmäßig abends vor dem Schlafengehen unter Zusatz von Kaffee und verbrauchten so zwei Pakete während zwei Monaten. Die Wirkung war sehr gut, das Körpergewicht des Kindes nahm zu und das Aussehen wurde besser. Mit Geschmack und Belohnlichkeit des „Bioion“ waren wir sehr zufrieden, und kann ich es daher jedermann zur Kräftigung bestens empfehlen. Hochachtung! J. u. L. W. i. c. h. a. u. s., Eigelstein 76. Unterchrift beglaubigt: Justizrat K. a. u. s. e. n. Notar. Bioion ist das beste und billigste Kräftigungsmittel. Paket 3 M. stets frisch in sämtlichen Apotheken.



Museumsaal  
**Dienstag den 29. November, abends 8 Uhr:**  
**Lieder - Abend**  
 von  
**Elisabeth Gutzmann**  
 (Sopran)  
 unter gef. Mitwirkung von  
**Hedwig Diefenbacher** (Klavier).  
**Programm:**  
 1. a) Gluck: O del mio dolce ardor; b) Händel: Rec. und Arie aus Acis und Galatea; c) Jomelli: La Calandrina. — 2. Schubert: a) Auf dem Wasser zu singen; b) Das Rosenband; c) An die Nachtigall; d) Das Lied im Grünen. — 3. Schumann: Fantasie C-dur, op. 17. — 4. Schumann: a) Mondnacht; b) Der Himmel hat eine Träne geweint; c) Kartenlegerin; d) Aufträge. — Tschaiowsky: a) Wiegenlied; Delibes: b) Chanson espagnole; Strauss: c) Ständchen.  
 Konzertflügel: Bechstein a. d. Lager des Hofl. Herrn L. Schweisgut hier.  
 Eintrittskarten: Saal 4, 3 und 2 Mark, Galerie 2.50 und 1.50 Mark, in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert**, Kaiserstraße 159 (Eingang Ritterstr., Telefon 2003) und an der Abendkasse. R.424

Telefon 1846  
**Pelz-Haus**  
**Woolf Lindenlaub**  
 Kürschnermeister  
**KARLSRUHE Kaiserstr. 191.**  
 KRAGEN, MUFFEN, PELZ-JACKEN, MÄNTEL.  
 Malsanfertigung, Umänderungen, Auswahlendungen.  
 Gegr. 1846.

Feinste  
**Süßrahm-Isolbutter**  
**G. Lieb, Karlsruhe**  
 Kapellenstrasse 74  
 Telefon 1926.  
 Vom Guten das Beste!  
 Hauptniederlagen:  
 Waldhornstr., Ecke Kaiserstraße | 15 Kurvenstraße 15  
 Telefon 2563 | Telefon 2349  
**Grösstes Spezialgeschäft**  
 in ausgesucht feinst. Molkereibutter am Platze  
 Nach auswärts täglich  
 prompter Post-, Expres- und Bahn-Versand. R.341

**Karlsruher Lebensversicherung a. G.**  
 vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.  
 In 1909 Neuzugang: 51 Millionen Mark.  
 Ende 1909 Bestand: 673 Millionen Mark.  
 Bewährtes System steigender Dividende.

**Bekanntmachung.**  
 Von den Schuldverschreibungen des 3 1/2 %igen Anlebens vom Jahr 1880 sind planmäßig auf 1. Juli 1911 je 255 Stück zu 3000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark im Gesamtbetrage von 1 785 000 Mark zu tilgen.  
 Ferner sind von den Schuldverschreibungen des 3 1/2 %igen Anlebens vom Jahr 1886 planmäßig auf 1. Juli 1911 je 20 Stück zu 3000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark im Gesamtbetrage von 140 000 Mark heimzuzahlen.  
 Die Auslosung für beide Anlehen wird  
**Samstag den 3. Dezember d. Js., vormittags 10 Uhr,**  
 in unserem Geschäftszimmer Nr. 10 öffentlich vorgenommen.  
 Karlsruhe, den 23. November 1910. R.531  
**Großh. Staatsschuldenverwaltung.**

**Residenz-Theater**  
 30 Waldstraße 30  
 Von den teueren Tönen, die der vielumschwärmte Sangesmeister  
**Caruso**  
 gesungen hat, bekommt man im  
**Residenz-Theater**  
 Waldstr. 30 in dem jeweiligen Programm einige Nummern der letzten Aufnahmen zu hören. R.526

**Kaffee.**  
 Probieren Sie bitte folgende Mischungen, Sie werden immer wieder darauf zurückkommen:  
 Konjum-Mischung 1 Pfd. M. 1.20  
 Haushalt " 1 Pfd. M. 1.40  
 Kaffeehaus " 1 Pfd. M. 1.60  
**Drogerie J. Lösch,**  
 Herrenstr. 35.

**Ba. Hypotheten**  
 werden Kapitalisten und Verwalter ungen **kostenfrei** nachgewiesen und vermittelt durch  
**Josef Liebmann, Karlsruhe i. B.**  
 Telefon 75.

Teleph. 114 **Möbelmagazin** Gegr. 1883 Eigene Entwürfe. Eigene Fabrikation.  
**vereinigt Schreinermeister**  
 eingetr. Genossenschaft mit unb. Haftpflicht  
**KARLSRUHE i. B.**  
 Amalienstraße 31  
 Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Salons, Küchen  
**Einzelmöbel**  
 Gediegene Ausführung. Eigene Polsterwerkstätte. Besichtigung ohne Kaufzwang.

**WMF**  
**Versilberte Bestecke**  
 Preislisten durch sämtliche Verkaufsstellen kostenlos  
**Württembergische Metallwarenfabrik**  
 Geislingen-St.

**Luise Schumacher**  
 Waldstr. 53 KARLSRUHE Telefon 2136  
**Juwelen, Gold- und Silberwaren**  
 Lieferung ganzer Besteckkasten mit echt silbernen u. Geislinger Bestecken.

**Bürgerliche Rechtsstreite.**  
**Konkursöffnung.**  
 R.537. Nr. 20 336. Billingen. Über das Vermögen der Schwarzwälder Kaltwerke Billingen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Billingen, wurde heute am 23. November 1910, nachmittags 5 Uhr 5 Minuten, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin ihre Zahlungen eingestellt hat.  
 Rechtsanwalt Schloß hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 10. Januar 1911 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf  
**Dienstag den 20. Dezember 1910, vormittags 10 1/2 Uhr,**  
 und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
**Dienstag den 7. Februar 1911, vormittags 10 1/2 Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 19. Dezember 1910 Anzeige zu machen.  
 Billingen, den 23. November 1910.  
 Gerichtsschreiber: **Gr. Amtsgerichts.**  
**E. Bernauer,**  
 Großh. Amtsgerichtsschreiber.

R.528. Tab. D. I. Nr. 4555. Karlsruhe. Am 12. November 1910, vormittags nach 10 Uhr, wurde in Karlsruhe auf dem Weg von der Erbprinzenstraße durch die Arkaden des Friedrichsplatzes und Ständehausstraße ein Beutel mit 5 Hundertmark Scheinen verloren und vom Finder offenbar unterschlagen.  
**Beschreibung des Beutels:**  
 Etwa 20 cm langer, weicher, graulieferner, mit Stahlhohlschloß — Bügel — versehener Beutel im Werte von etwa 2 M.  
 Ich erlaube um sachdienliche Mitteilungen, insbesondere über Beobachtung des Finders oder auffällige Ausgaben einzelner Personen, an mich oder die Kriminalpolizei.  
 Karlsruhe, den 19. November 1910.  
 Der Großh. Erste Staatsanwalt:  
**Morath.**

**Jagd-Verpachtung.**  
**Hilsbach (Bahnhstation).**  
 Am Samstag, den 3. Dezember d. Js., nachmittags 2 Uhr, wird im Rathaus dahier, die Ausübung der Jagd auf hiesiger Gemarkung, welche in zwei Jagdbezirke geteilt ist und ca. 1230 ha Feld und Wald umfaßt, für die Zeit vom 1. Februar 1911 bis 31. Januar 1917, in öffentlicher Versteigerung vergeben.  
 Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden, oder durch ein bezirksamtliches Zeugnis nachweisen, daß gegen die Erteilung des Jagdpasses ein Bedenken nicht obwaltet. R.425.2  
 Die Bedingungen, sowie eine Planpause, welche die Abgrenzung der Jagdbezirke ersichtlich macht, sind im Rathaus zur Einsicht aufgelegt.  
 Hilsbach, den 17. November 1910.  
 Der Gemeinderat.  
**Keller, Bürgermeister.**  
**Goffmann, Ratsschreiber.**

**Bekanntmachung.**  
 Das Kanzleipersonal des Großh. Bezirksamts **Wegberg** betr.  
 Nr. 19430. Bei diesseitigem Bezirksamte ist eine Kanzleihilfsstelle mit der üblichen Vergütung sofort zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Verwaltungsakture und Inzipienten wollen sich sofort melden. R.544  
 Wegberg, den 23. November 1910.  
 Großh. Bezirksamte.  
**Man.**

**Bergebung von Bauarbeiten**  
 für die Kartenregistrator der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 8.  
 Nach Maßgabe der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 sollen zur Vergrößerung der Kartenregistrator am hiesigen Anstaltsgebäude nachverzeichnete Arbeiten im Wege des öffentlichen Angebotes vergeben werden:  
 Verputz- und Gipserarbeiten.  
 Linoleumbelag.  
 Schreinerarbeit.  
 Glaserarbeit.  
 Plättchenbelag.  
 Schloßerarbeit.  
 Anschlägerarbeiten.  
 Installationsarbeiten.  
 Anstreicherarbeit.  
 Elektrische Lichtanlage.  
 Zeichnungen, Bedingungen und Verbindungsanschlüsse sind im Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 8, II. Stock, Zimmer Nr. 20, einzusehen, woselbst auch Formulare, in welche die Einzelpreise einzusetzen sind, in den üblichen Bureaustunden in Empfang genommen werden können. R.532.3.2.1  
 Angebote sind spätestens bis **22. Dezember 1910, abends**, an die Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe veriegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei einzuliefern.  
 Die Eröffnung der Angebote findet am **23. Dezember 1910, früh 9 Uhr**, in unserem oben genannten Dienstgebäude im Beisein der Bewerber statt.  
 Angebotsformulare werden nach auswärts nicht versandt.  
 Die Zuschlagsfrist beträgt drei Wochen.  
 Karlsruhe, den 23. November 1910.  
 Der Vorstand  
 der Landesversicherungsanstalt Baden.

**Versteigerung.**  
 Die Großh. Eisenbahnverwaltung versteigert am **Sonntag den 26. November d. Js., vormittags 11 Uhr**, das alte Abortgebäude auf Station Muggensturm auf Abbruch. R.525  
 Die Versteigerungsbedingungen können auf diesseitigem Hochbauureau, Wismarstraße Nr. 4, eingesehen werden; auch werden dieselben vor der Versteigerung, die auf Station Muggensturm stattfindet, bekanntgegeben.  
 Raftakt, den 19. November 1910.  
 Großh. Bahnbauinspektion.

**Tirol-Vorarlberg-Süd-deutscher Güterverkehr.**  
 Mit Wirkung vom 5. Dezember 1910 wird für die Beförderung von Packstücken in Ladungen zu 10 t ein Frachttarif von 0,45 M. für 100 kg zwischen Erzlingen und Lindau-Neutin eingeführt. R.529  
 Karlsruhe, den 22. November 1910.  
 Großh. Generaldirektion  
 der Badischen Staatseisenbahnen.

**Badischer Personentarif, Heft B.**  
 Mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1910 erscheint der Nachtrag V. Neben Änderungen der besondern Ausführungsbestimmungen enthält derselbe Tarifsätze für die am 1. Dezember d. Js. zu eröffnende Station Lützelbach. Die im Nachtrag enthaltenen besondern Ausführungsbestimmungen sind gemäß § 2 C.B.D. genehmigt.  
 Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsureau.  
 Karlsruhe, den 22. November 1910.  
 Großh. Generaldirektion R.530  
 der Badischen Staatseisenbahnen.